

iFijáte!

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 356

29. März 2006

12. Jahrgang

Von Desaster zu Desaster – welche Lehren wurden gezogen?

Gut sechs Monate ist es her, dass der Hurrikan Stan Teile Guatemalas unter Wasser und Schlamm setzte und Infrastrukturen, Lebensgrundlagen und Menschenleben zerstörte. Viele der direkt Betroffenen leben heute noch in Provisorien, die wohl zu ihren definitiven Unterkünften werden. Viele Menschen konnten ihre Angehörigen noch nicht bergen und beerdigen. Viele Strassen führen durch ausgetrocknete Flussbette statt über Brücken – und in ca. sechs Wochen beginnt die nächste Regenzeit, für die eine steigende Hurrikantendenz vorausgesagt wurde. Der folgende Artikel von Gisela Gellert aus der Zeitschrift *Diálogo* zieht Bilanz über den Wiederaufbauprozess nach Stan.

Ende 2000 veröffentlichte das Studienzentrum *Flacso* eine Publikation über die Auswirkungen und die daraus gezogenen politischen Konsequenzen zwei Jahre nach dem Wirbelsturm *Mitch*. Darin wurde festgehalten, dass Naturkatastrophen konjunkturelle Themen sind, die, ist die Aktualität einmal verflogen, nur noch von einigen „SpezialistInnen“ weiterverfolgt werden. So wurde zum Beispiel in Guatemala nach dem verheerenden Wirbelsturm *Francelia* im Jahr 1969 das *Nationale Notfallkomitee (CONE)* gegründet, Vorläuferin der heutigen *Nationalen Koordination zur Reduktion von Desastern (CONRED)*, und nach dem Erdbeben vom 4. Februar 1976 entstand das *Komitee zur Nationalen Rekonstruktion (CRN)*, das im Jahr 1994 wieder aufgelöst wurde. Es ging diesen Organisationen in erster Linie um sofortige Nothilfe und nicht um die Entwicklung von integralen Politiken, mit denen solchen Katastrophen begegnet bzw. vorgebeugt werden kann. Diesbezügliche Initiativen kamen immer ins Stocken, sobald die erste Nothilfephase abgeschlossen war. Es wurde an einem Konzept festgehalten, laut dem eine Naturkatastrophe eine „Ausnahmesituation“ ist. In der konkreten politischen Umsetzung bedeutet dies, dass sie nur alle paar Jahre eintritt und sich im besten Fall die jeweils nächste Regierung mit den menschlichen und politischen Konsequenzen zu beschäftigen hat.

Erste Erkenntnisse

Mit der Zunahme solcher Katastrophen konnte die konjunkturelle und momentbezogene Sichtweise nicht mehr länger aufrechterhalten werden, weder von der Regierung und dem Privatsektor, noch von der Zivilgesellschaft und der Mehrheit der Bevölkerung, die in den sog. Risikozonen lebt. Gemäss dem *Internationalen Roten Kreuz* lebt die Welt „von Desaster zu Desaster“, Guatemala bildet dabei keine Ausnahme. Seit der zweiten Hälfte der 90er-Jahre nehmen (nebst *Mitch* und *Stan*) vor allem sich jährlich wiederholende, lokale Desaster wie Überschwemmungen und Erdbeben zur Regenzeit sowie Dürre und Waldbrände zur Trockenzeit zu. Wobei es auch immer mehr nicht-jahreszeitlichen Katastrophen gibt (z.B. finden rund 20% der Erdbeben ausserhalb der Regenzeit statt).

Seit *Mitch* hat sich der Diskurs aber verändert. Es wurde anerkannt dass „Katastrophen NICHT natürlich“ sind, später vertrat man das Konzept, dass es „ohne Risikosituation keine Katastrophen gibt“ und noch später wurde erkannt, dass „Risikosituationen soziale Ursachen haben und die Folgen einer nicht nachhaltigen Entwicklung sind“. Heute geht es in der Diskussion also nicht mehr so sehr um die Schäden, die ein Desaster mit sich bringt, sondern um die sozialpolitischen Prozesse, welche Menschen in Risikosituationen treiben. Man hat erkannt, dass die Eindämmung von Risikosituationen etwas mit Entwicklung zu tun hat und dass in eine nachhaltige Entwicklung die öffentlichen und privaten AkteurInnen, die Zivilgesellschaft und vor allem die lokalen Strukturen einbezogen werden müssen. Der Begriff „Risikoanalyse“ hat sich in den Wortschatz sowohl der AkademikerInnen, der Medien, der PolitikerInnen sowie der sozialen AkteurInnen eingeprägt, wird aber oft noch sehr klischeehaft verwendet und bezieht sich meist auf den traditionellen Umgang mit Notsituationen.

Seitens der Entwicklungszusammenarbeit gibt es interessante Ansätze im Umgang mit Risiken. Das neue Verständnis der Problematik hat zu wichtigen Lernprozessen geführt, angefangen auf der Gemeinde- (Aufklärungskampagnen) bis hin zur universitären Ebene (Masterlehrgang in Risikoanalyse).

Trotz solcher Fortschritte ist zu befürchten, dass das Thema Risikoanalyse einen ähnlichen Weg nimmt wie das Thema Umweltanalyse, mit dem es eng verbunden ist. Auch im Bereich Umweltschutz wurden wichtige Erkenntnisse gewonnen, es wurden Gesetze erlassen, Ministerien gegründet und trotzdem geht in Guatemala die Umweltzerstörung mit Siebenmeilenstiefeln voran und hat sozio-ambientale Auswirkungen: Überschwemmungen, Erdbeben, Trockenheiten und Zerstörung der Wasserquellen.

Betrachtet man die sozialen und materiellen Schäden, die *Stan* in der Region zurückgelassen hat, muss man sich ernsthaft fragen, was aus der Lektion *Mitch* gelernt wurde. Das Konzept der Risikoanalyse hat im regionalen Vergleich unterschiedliche Erfolge gezeitigt.

So wurde z.B. in Nicaragua auf Gemeindeebene im Bereich Prävention und Umgang mit Katastrophen nach *Mitch* einiges erreicht, in Guatemala hingegen nicht. Aber auch solche auf den ersten Blick erfolgreiche Konzepte wie sie in Nicaragua angewendet werden, müssen längerfristig und auf ihre Nachhaltigkeit überprüft werden.

Das Beispiel Senahú, Alta Verapaz

Nach einem grossen Erdbeben im Jahr 2000, der 13 Todesopfer forderte und Dutzenden von Familien die Häuser zerstörte, haben sich zahlreiche staatliche Institutionen und internationale Hilfsorganisationen dem Wiederaufbau (unter Berücksichtigung einer Risikoanalyse und unter Einbeziehung der lokalen Bevölkerung) verpflichtet. Diese Arbeit wurde in verschiedenen Publikationen als „erfolgreiches Beispiel“ zitiert. Im Jahr 2005 ging in Senahú erneut ein Erdbeben nieder, in der selben Schneise und über das selbe Wohnviertel. Saldo: 22 Tote, 627 Evakuierete, 57 zerstörte Häuser, insgesamt 1803 Betroffene. In den Medien wurde von „Korruption in staatlichen Institutionen, Wechsel innerhalb der lokalen Behörden und Widerstand der Bevölkerung“ gesprochen.

Die grosse Frage ist, ob beim zweiten Wiederaufbau eine Risikoanalyse gemacht, ob diese veröffentlicht und bei den Wiederaufbauprojekten berücksichtigt wurde? Hier wird denn auch offensichtlich, dass man weder bei der Analyse noch bei der Projektentwicklung auf systematisch aufgearbeitete (sozial-)wissenschaftliche Erfahrungen zurückgreifen kann.

Santiago Atitlán: Symbol des Wiederaufbaus

Aufgrund der Schwere der Schäden durch *Stan* (rund 100 Tote, 600 Vermisste, über 600 Familien in Notunterkünften, 25 Ganz- und 100 Halbwaisen, 77 Witwen) wurde das Dorf Panabaj in Santiago Atitlán von der guatemaltekischen Regierung als „Symbol des Wiederaufbaus“ erklärt. Anfänglich lief alles Bestens: Auf einem von der Kirche zur Verfügung gestellten Gelände wurden temporäre Notunterkünfte aufgestellt, es wurden Pläne für die neuen Häuser gezeichnet, und es fehlte nur noch die Auftragsvergabe. Nicht gerechnet wurde hingegen damit, dass die Geschädigten ihre traditionelle Rolle als NothilfeempfängerInnen durchbrechen, sich in einer Organisation zusammenschliessen und ihre eigenen Forderungen aufstellen.

Noch während der Tragödie gründeten die NachbarInnen, die bei der Ber-

gung von Toten und Verletzten halfen, das *Notkomitee zur Unterstützung der Maya-Tzutujil-Bevölkerung*. Es wurden Gemeinschaftsküchen aufgebaut, Statistiken geführt und Antworten auf die dringendsten Fragen der unter Schock stehenden Bevölkerung gesucht. Schnell merkte das *Notkomitee*, dass, wenn erst mal die Nothilfe vorbei ist, an einen Wiederaufbau gedacht werden muss, der eine mittel- und längerfristige Perspektive haben und eine reale Verbesserung ihrer Lebenssituation einschliessen muss. So wurde das *Notkomitee* in den *Verein zur Gemeindeentwicklung von Panabaj* (ADECCAP) umgewandelt, eine gemeinnützige Organisation mit legalem Status, die in kurzer Zeit 480 Mitglieder zählte. ADECCAP hat kurz- und langfristige Ziele im Auge, will sich in einer partizipativen Gemeindepolitik üben, Einfluss auf die Kommunalen Entwicklungsräte (COCODE) nehmen, eine soziale Kontrolle über die Gemeindegelder und die Tätigkeiten der Gemeindebehörden ausüben und die Interessen der betroffenen Bevölkerung im Wiederaufbau und bei der längerfristigen Gemeindeentwicklung vertreten.

Am 13. Januar organisierte ADECCAP ein öffentliches Forum, um unter breiter nationaler und internationaler Präsenz seine bisherige Arbeit und zukünftigen Ziele bekannt zu geben. Dabei wurde u.a. gefordert, dass die für den Wiederaufbau zuständige nationale Institution FONAPAZ mit den Bau von Häusern warte, bis eine Risikoanalyse gemacht ist. FONAPAZ hat nämlich vor, die neuen Häuser in Panabaj genau an dem Ort aufzustellen, wo der Erdbeben niederkam und wo noch Hunderte von Leichen unter dem unterdessen eingetrockneten Schlamm liegen. ADECCAP hingegen fordert die Regierung auf, je nach Ergebnis der Risikoanalyse, die nahegelegene Finca „La Providencia“ zu kaufen und für den Häuserbau zur Verfügung zu stellen. Das Resumée des Präsidenten von ADECCAP nach diesem Forum: „Wir haben eine Tür geöffnet zu einem Thema, das bisher nie öffentlich und unter Beteiligung der Bevölkerung diskutiert wurde“.

Die Forderung nach einer Risikoanalyse vor dem Wiederaufbau wurde u.a. von CONRED, dem *Nationalen Komitee zur Reduktion von Katastrophen*, aufgenommen, von den Lokalbehörden von Santiago Atitlán jedoch nicht. Man wolle Häuser, keine Studien, war die Meinung des Bürgermeisters, unterstützt vom Hilfsbürgermeister von Panabaj und dem Leiter der Notunterkünfte. So hat man sich denn gegenseitig in eine Pattsituation manö-

viert: Die Regierung vertritt die Position, man könne nicht mit dem Wiederaufbau beginnen, solange sich die Bevölkerung uneinig sei, VertreterInnen von ADECCAP werfen der Regierung vor, ihre Bedürfnisse und längerfristig angelegten Vorschläge nicht zu berücksichtigen, während die dritte Gruppe den sofortigen Hausbau fordert. An einer Volksversammlung vom 21. Januar, die eigentlich zu einer Klärung des Konflikts beitragen sollte, wurden die beiden Gruppen noch mehr gespalten, der Präsident von ADECCAP verliess unter Protest und in Begleitung von 300 Personen die Versammlung. CONRED hat sich unterdessen klar für eine Risikoanalyse ausgesprochen, FONAPAZ erklärte sich bereit, mit CONRED zusammenzuarbeiten, ob aber die Familien, die sich weigern, in die Risikozone zurückzukehren von der Regierung irgendeine Unterstützung bekommen, ist unklar.

Soweit der Stand der Dinge Ende Januar 2006. Es wird sich zeigen, ob Santiago Atitlán zu einem „Symbol des Wiederaufbaus“ wird und ob sich die Regierung an ihren selbst proklamierten Grundsatz hält, der beinhaltet: *Förderung der Kommunikation, Konsenssuche und Koordination zwischen den Arbeiten der Bevölkerung und der Regierung, Stärkung der BürgerInneninitiativen sowie Transparenz seitens der Regierung, Einbezug einer sozialen Kontrolle und lokaler Bedürfnisse bei den Wiederaufbauplänen*.

¡Fijáte!

Herausgegeben von:
Solidarität mit Guatemala e.V.

Bankverbindung:

Postbank Karlsruhe

BLZ: 660 100 75

Kto. -Nr.: 32 95 01-751

Redaktion:

Christiane Treeck

c-tree@gmx.net

Aboverwaltung:

Ewald Seiler

Rahel-Varnhagen-Str. 15

79100 Freiburg

fijate@web.de

Jahres-Abo: 55.- €

Auslands-Abo: 60.- €

E-Mail-Abo: 50.- €

Erscheinungsweise 14-täglich.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

www.guatemala.de/Fijate/index.html

April 200?

Guatemala, 24. März. Im Rahmen eines öffentlichen Auftritts Ende 2005 erklärte Präsident Oscar Berger, das Land sei bis "spätestens April nächsten Jahres" wieder aufgebaut. Insgesamt sind gemäss einem Regierungsbericht in den ersten 100 Tagen nach dem Hurrikan *Stan* mehr als Tausend Projekte im Wert von 260 Mio. US-\$ durchgeführt oder mindestens eingeleitet worden, um die Schäden in den 15 betroffenen Departements zu beheben.

Diesen Regierungsaussagen gegenüber stehen die Berichte der vom Menschenrechtsprokurat (PDH) koordinierten lokalen *Komitees zur Verifizierung des Wiederaufbaus* (COVER), die sich darüber beklagen, dass die Gemeinden keine Transparenz über die Ausgaben für den Wiederaufbau schaffen und die Bedürfnisse der sozialen Sektoren bei der Planung nicht berücksichtigen würden. Weiter beschwerten sich die 130 VertreterInnen der COVER bei einem Treffen mit Menschenrechtsombuds-

mann Sergio Morales darüber, dass der Wiederaufbau an der Südküste am effizientesten vonstatten ginge, weil diese Region von grösserem unternehmerischen Interesse sei als das Hochland.

Dass es vier Monate nach *Stan* nach wie vor Gemeinden gibt, die keinerlei Hilfeleistungen erhalten haben, gab auch Vizepräsident Eduardo Stein zu. Er sieht das Problem im Kampf um politischen Protagonismus zwischen GemeinderätInnen, Kongressabgeordneten und RegierungsstatthalterInnen. Aber auch die Nichtregierungsorganisationen hätten ihre Verantwortung in dieser Sache, würden sie zum Teil zerstrittenen Gruppierungen innerhalb einer Gemeinde schlecht beraten bzw. gegeneinander aufhetzen. Stein zitierte in diesem Zusammenhang die Gemeinde Panabaj in Santiago Atitlán.

Kritik an der Herkunft der Regierungsgelder für den Wiederaufbau wird seitens einiger Menschenrechtsorganisationen geäussert, nachdem am 20.

März bekannt wurde, dass noch im letzten Jahr rund 33 Mio. US-\$ aus dem Fonds des *Nationalen Entschädigungsprogramms* (PNR), mit dem die Opfer des bewaffneten Konflikts entschädigt werden sollten, für Wiederaufbauprojekte ausgegeben wurden. Das PNR verfügte im Jahr 2005 über ein Budget von 300 Mio. Quetzales, da aber weniger als 40 Mio. ausgegeben wurden, gingen die restlichen 260 Mio. (33 Mio. US-\$) ans Finanzministerium zurück. Martín Arévalo, Interim-Direktor des Programms erklärte, dass man von der Regierung verlangt habe, dass das Geld in Projekte investiert werde, die in Regionen durchgeführt werden, wo der bewaffnete Konflikt geherrscht habe.

Nery Rodenas vom *Menschenrechtsbüro des Erzbischofs* (ODHA) findet diesen Geldtransfer zwar „verständlich, weil es sich um einen Notfall gehandelt hat, aber es ist ein Affront gegenüber den Opfern, die seit Jahrzehnten auf eine Entschädigung warten“.

Zahlungen an Ex-PAC ja! Zahlungen an Opfer nein!

Guatemala, 20. März. Während die Regierung Berger Mitte Februar die Entschädigungszahlungen für Opfer des internen bewaffneten Konflikts bis auf weiteres suspendiert hatte, weil das *Nationale Entschädigungsprogramm* (PNR) neu strukturiert werden müsse, gehen Zahlungen an ehemalige Zivilpatrouillen (Ex-PAC) weiter. Bereits Ende November intervenierte die Regierung in das PNR, war doch die Kritik an der Langsamkeit und Ineffizienz sowie an den internen Grabenkämpfen der zuständigen Kommission zu laut geworden. (¡Fijáte! 349)

Die so genannte *Temporäre Kommission auf hoher Ebene*, deren Funktion es ist zu entscheiden, wer tatsächlich Mitglied der PAC war, erhielt Mitte März dagegen weitere 2,5 Mio. Quetzales (ca. 340.000 US-\$) vom Exekutivsekretariat des Präsidenten. Berger verfolgt somit sein Wahlversprechen gegenüber den Ex-PAC und vermengte deren ‚Entschädigung für ihre Dienste am Vaterland‘ mit der Entschädigung der Opfer des Konflikts. Das eine sei ohne das andere nicht zu machen.

Zu Beginn dieses Jahres setzte die Regierung auf Druck der Interessierten die „Entschädigung“ an die Ex-PAC fort. Da die direkte Auszahlung an diese in der Zwischenzeit vom Verfassungsgericht als gesetzeswidrig erklärt worden war, verband man das Praktische mit dem

Nützlichen und erteilte Baumschulungen. Diesmal stammte das Geld aus dem *Landwirtschaftsministerium* (MAGA), und – so die offizielle Lesart – die Ex-PAC-Mitglieder erhielten keine finanzielle Entschädigung, sondern das Geld für ihre Mithilfe bei der Wiederaufforstung von kargen Waldgebieten, eine „Kompensation“ für die Teilnahme an der Weiterbildungsmassnahme in Höhe von 1.500 Quetzales (ca. 200 US-Dollar).

Auch die Folgen des Hurrikan Stan dienten der Rechtfertigung des mit den Ex-PAC ausgehandelten Kompromisses: die Regierung zahlt 1.700 Quetzales aus, die Ex-PAC geben davon 200 Quetzales an Opfer des Hurrikans weiter. Da die ersteren für die Ostertage Proteste angekündigt hätten, sollten die Zahlungen nicht erfolgen, zückte der Präsident eben den Beruhigungs-Geldscheck aus irgendwelchen Kassen, kommentiert Dina Fernández in der Tageszeitung *Prensa Libre*. Nicht zu vergessen ist dabei, dass die wahlsensible Phase angesichts der Präsidentschaftsselektion 2007 bereits läuft.

Die Auszahlung an die Opfer des Konflikts wird derweil verzögert durch eine Finanzprüfung, die die 260 Mio. Quetzales (35 Mio. US-\$) betreffen, die für das *Nationale Entschädigungsprogramm* (PNR) bereit stehen sollten. Die ehemalige Direktorin der *Entschädigungskommission* (CNR), Ruth de Val-

le, erklärte, dass das Geld „vom Kurs abgekommen und in Wahlkampfkassen geflossen sei“. Ihr kommissarischer Nachfolger, Martín Arévalo, dementierte umgehend und erklärte, alles sei im legalen Rahmen und es würden bald die nächsten Auszahlungen folgen. Die Verzögerungen durch die Finanzprüfung hätten zu Konflikten zwischen den Departements geführt, weswegen es eben nun zu administrativen Änderungen kommen werde, sagte er weiter.

Aus Rabinal, Baja Verapaz, wurden unterdessen Gerüchte laut, dass die Regierung im Februar bereits Entschädigungsschecks verteilt habe, die EmpfängerInnen unterschreiben mussten, keine weiteren Forderungen zu stellen und noch am selben Tag resultierte, dass die Schecks nicht gedeckt waren.

Die *Nationale Bewegung der Opfer des Konfliktes* forderte von den RepräsentantInnen der CNR umgehend die Zahlung der Entschädigungen. Das PNR hat Ende des Jahres 2005 knapp 2,5 Mio. Quetzales (340.000 US-\$), also je 9.600 Quetzales (1.280 US-\$) an 258 Opfer gezahlt. Insgesamt hat sie 8.000 Opfer registriert. Menschenrechtsgruppen gehen jedoch von 250.000 Opfern aus.

Die in 2005 nicht investierten PNR-Gelder wurden inzwischen ebenfalls umgeschichtet, ebenfalls auf das viel zu knapp bemessene Wiederaufbaukonto nach Stan (siehe separater Artikel).

Fortschritte auf dem Papier – Diskriminierung im Alltag

Guatemala 21.März. Anlässlich des Internationalen Tages gegen Rassistische Diskriminierung diskutiert auch Guatemala wieder einmal über die Frage des Rassismus und der Diskriminierung der indigenen Bevölkerung im Land. Gleich zwei Gremien der Vereinten Nationen lieferten in aktuellen Berichten Diskussionsstoff: Das *UN-Entwicklungsprogramm* (UNDP) mit seinem jährlichen „Bericht zur menschlichen Entwicklung“ und das UN-Komitee für die Beendigung von Rassistischer Diskriminierung mit seinem zweijährlichen Länderbericht.

Beide Berichte weisen zwar auf erste Fortschritte in der Administration und Rechtsprechung hin, benennen aber weiterhin eine lange Liste von Verfehlungen des guatemalteckischen Staates, die zu fortlaufender Diskriminierung der indigenen Völker besonders in den ländlichen Gebieten beitragen.

In der Studie „Ethnisch-kulturelle Vielfalt, die BürgerInnenschaft in einem pluralistischen Staat“ wird der Abbau von existierenden Ungleichheiten in wirtschaftlichen, politischen, rechtlichen, kulturellen und sozialen Bereichen als Schlüsselaufgabe für die Verbesserung der menschlichen Entwicklung bezeichnet. Die zumeist marginalisierten ethnischen Gruppen sollten daher in einem Demokratisierungsprozess die Möglichkeiten erhalten, ihre eigenen Fähigkeiten und Wertvorstellungen weiterzuentwickeln. Der Staat müsse den Zugang dieser Gruppen zur wirtschaftlichen Entwicklung, zu Land und natürlichen Ressourcen, aber auch zu sozialen Dienstleistungen, zu Rechtsprechung und physischer Sicherheit ermöglichen. Beleidigungen in der Schule und auf der Strasse, Entscheidungen über Arbeitseinstellungen und –kündigungen, die selektive Ernennung für öffentliche Ämter, sind nicht nur theoretische Beispiele, die UN-Generalsekretär Annan benennt, sondern tagtägliche Lebenssituation für den Grossteil der guatemalteckischen Bevölkerung.

Und die Appelle der internationalen Gemeinschaft sind seit Jahren die gleichen, eine grundlegende Änderung im Denken und Verhalten der guatemalteckischen Bevölkerung und der Institutionen ist nicht zu erkennen, von ernsthaften Anstrengungen in diese Richtung ganz zu schweigen. Mit Pomp publizierte Einzelaktionen, wie die einmalige Anstellung von 200 indigenen Angestellten im öffentlichen Dienst oder das bislang einzige Urteil wegen rassistischer Beleidigung gegen Angehörige der *Republikanischen Front Guatema-*

las (FRG), die sich im Justizgebäude gegen die bekannteste guatemalteckische Angehörige des Maya-Volkes Quiché, Rigoberta Menchú, diskriminierend ausgelassen hatten, bedienen derweil lediglich das Minimum an Zugeständnis hinsichtlich internationaler Forderungen, ohne langfristige Verpflichtung oder gar Engagement.

Blanca Estela Alvarado von der *Präsidentialen Kommission gegen Diskriminierung und Rassismus gegenüber den indigenen Völkern* (CODISRA) stimmte der Studie der UNDP zu. Das grösste Problem für die indigenen Völker seien weiterhin die extreme Armut, in der sie leben, sowie die fehlende Mitwirkungsmöglichkeit in vielen Bereichen des Lebens. In dieser Hinsicht müsse sich einiges ändern.

Die Anthropologin Irma Alicia Velásquez Nimatuj, ebenfalls eine Maya-Quiché, weist daraufhin, dass die Angehörigen der Maya-Völker sowie die Xinka und Garífuna in Guatemala 60 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachten, jedoch vielfältigen Diskriminierungen ausgesetzt seien sowie einer extremen wirtschaftlichen Ausbeutung, einem strukturellen Rassismus und einer Marginalisierung ihrer Kultur. Selbst wenn es Gesetze gebe, die formal indigene Rechte garantiere, so würden diese noch lange nicht praktisch umgesetzt, da sich das Rechtssystem an den Eliten ausrichtete.

In eine ähnliche Stossrichtung zielen auch weite Passagen des Länderberichtes des *UN-Komitees für die Beendigung von Rassistischer Diskriminierung*. „Die Verhaltensweisen der Geringschätzung und Ablehnung der indigenen Bevölkerung sind in vielen Sektoren verbreitet“, erklärte Alexei Avtonomov, der in dem Komitee für Guatemala zuständig ist, bei der Vorstellung des Länderberichtes.

Zwar erwähnt die Studie diplomatisch einzelne positive Entwicklungen im Lande. Dabei nennt sie die institutionelle Einrichtung der *Präsidentialen Kommission gegen Diskriminierung und Rassismus gegenüber den indigenen Völkern* (CODISRA) sowie der Kommission „Defensoría der indigenen Frau“, die im Präsidentialamt für Menschenrechte eingerichtet wurden. Weiterhin wurde positiv die gesetzliche Umsetzung der Friedensabkommen erwähnt, insbesondere das „Abkommen über die Identität und Rechte der indigenen Völker“. Mit „Umsetzung“ ist in diesem Fall offenbar der Akt gemeint, mit dem die Friedensverträge im August vergangenen Jahres in einem Rahmengesetz verankert wurden,

da sie als blosse firmierte Staatsverträge links liegen gelassen und in vielen Fällen sogar gänzlich missachtet wurden. (siehe ¡Fijáte! 341) Die in Aussicht gestellte rechtliche Anerkennung des indigenen Rechtssystems auf Gemeindeebene, die Anerkennung indigener Verwaltungsebenen in den Bestimmungen der Munizipalverwaltung sowie einige Gesetze über Maya-Sprachen und bilinguale Erziehung wurden ebenso herausgestellt.

Die Aufzählung der negativ bewerteten Punkte in dem Bericht zeigt, dass die genannten Verbesserungen sich wenig auf den Alltag der indigenen Bevölkerung insbesondere auf dem Lande auswirken. Die AutorInnen des Berichtes vermissen weitere rechtliche Bestimmungen zur Bestrafung von diskriminierenden und rassistischen Verhaltensweisen, aber auch die praktische rechtliche Unterstützung der indigenen Bevölkerung, beispielsweise dadurch, dass auf allen Verwaltungsebenen die „richtigen“ ÜbersetzerInnen in genügender Zahl zur Verfügung stehen.

Weiterhin kritisiert die UN-Kommission unter anderem das Energieministerium, weil es Konzessionen vererbe, ohne die betroffenen indigenen Gemeinden in den Entscheidungsprozess einzubeziehen, wie es nicht nur laut der von Guatemala ratifizierten Konvention 169 der *Internationalen Arbeitsorganisation* (ILO) Standard sein müsste. Auch in der Landfrage übt der Bericht Kritik an der Regierungspolitik und –haltung hinsichtlich der Rechte der indigenen Bevölkerung, in dem er beispielsweise die Markierung von indigenem Land und die Legalisierung von besetzten oder seit langem von Indígenas bewohnten Finchas einfordert.

Schliesslich werden auch die mangelnde Partizipation in Parteien und im Kongress, die geringen Veränderungen bezüglich der hohen AnalphabetInnenrate insbesondere unter indigenen Frauen in ländlichen Gebieten und der mangelhafte Zugang zu den Kommunikationsmedien kritisiert.

Offiziell hat sich Präsident Berger nicht zu dem zum Teil klaren Urteil der UN geäussert. Sein persönliches Engagement am Tag gegen Rassendiskriminierung am 21. März beschränkte sich auf eine öffentlich übertragende Telefonkonferenz mit dem UN-Beauftragten gegen Diskriminierung und Rassismus, Doudou Diéne.

Der Internationale Tag gegen Rassendiskriminierung erinnert an das Massaker von Sharpville 1960 während der Apartheid in Südafrika.

Kampf gegen den Drogenhandel als Vorwand für Eingriff ins Innere

Guatemala, 13. März. Der zivile multisektorielle Zusammenschluss *Nationale Kampffront für die Verteidigung der Öffentlichen Dienste und Naturressourcen* (FNL) stellt die Absicht der US-amerikanisch-guatemaltektischen Militäroperation *Maya-Jaguar* in Frage und bezeichnet das gemeinsame Projekt als Vorwand für die USA, sich in die inneren Angelegenheiten des zentralamerikanischen Landes einmischen zu wollen. Es sei mehr als offensichtlich, dass die binationale Operation gar nicht darauf abziele, die Präsenz und Aktivitäten des Drogenhandels in der Zone Taju-mulco, Departement San Marcos, zu bekämpfen, unter anderem deswegen, weil diese Aktion im Vorfeld grossartig angekündigt wurde, so dass potentielle Akteure, die illegalen Beschäftigungen nachgehen, gewarnt sind.

Jedoch lasse aufhorchen, dass genau in diesem Einzugsgebiet die Bevölkerung mittels lokaler Volksbefragungen der in der Region kurz vor der Realisierung stehenden Minenaktivitäten deutliche Ablehnung erteilt und diese international verbreitet hat. Die Ergebnisse der Befragung seien jedoch immer noch nicht von den Autoritäten berücksichtigt worden.

Auch wenn es sich tatsächlich um die Beseitigung des Drogenhandels handeln würde, worum es eindeutig nicht geht, denn das Thema der *Narcos* würde laut FNL nur dazu benutzt, uneingeschränkte Hausdurchsuchungen und ausführliche Erfassungen zu rechtfertigen, um angeblich Waffen zu konfiszieren, lohne sich die Frage, ob die Armeeinheiten der USA eigentlich auch in ihrem eigenen Land gegen die mächtigen Drogenmafias vorgehen. Das Kommuniké der FNL weiss die Antwort: Gemäss der US-Gesetzgebung hat die Armee in diesem Aufgabenbereich nichts zu suchen, die noch nicht einmal der Nationalwache obliege, sondern dem FBI, dem Antidrogendepartement (DEA) und anderen Polizeikadern.

Oder soll die internationale militärische "Unterstützung" als Kontrollautorität gar auf die generelle Rechtfertigung hinauslaufen, schliesslich auch das guatemaltektische Militär als einzig angemessene Instanz gegen jegliche Aktivitäten der Bevölkerung, seien diese legal, illegal, oder gar unangenehm für die Regierung, heranzuziehen?

Gewalt gegen Mädchen und Jungen

Guatemala, 25. März. Es braucht offenbar erst medienwirksame Vorfälle, um die Öffentlichkeit auf Geschehnisse in ihrem nahen Umfeld aufmerksam zu machen. So ein Ereignis in der letzten Woche, bei dem es zu einem bewaffneten Angriff auf eine Gruppe von SchülerInnen kam, die sich vor ihrer Schule, einer privaten Einrichtung, aufhielten. Ein Elfjähriger kam dabei ums Leben. Grund für den Überfall war, dass Mitglieder von Jugendbanden (*maras*) diese – wie viele andere private Lehrinstitutionen – Schule erpressten und „Steuern“ forderten, die die Lehranstalt jedoch nicht bezahlt hatte.

Nicht erst seitdem die Kinderschutzorganisation *Casa Alianza* in Guatemala aktiv ist und auf Gewaltverbrechen gegen Minderjährige aufmerksam macht, ist dieser Sektor der Gesellschaft einer der verletzlichsten und ungeschütztsten, sind doch in vielen Fällen die Eltern oder Erziehungsberechtigten TäterInnen oder zumindest Mitwissende von Missbrauch und Vergewaltigung ihrer Schutzbefohlenen, begangen oft von Personen aus dem nahen Bekannten- und Familienkreis. Und Polizeikräfte sind in vielen Fällen die Mörder von Kindern, die auf der Strasse leben.

Doch anstatt, dass es endlich zu einem weitgreifenden Schutzprogramm inklusive Gerichtsprozess gegen die vornehmlich männlichen Täter kommt, die sich an Mädchen und Jungen vergehen, stürzen sich die Medien lieber auf die im Vergleich sehr wenigen, dafür aber skandalträchtigeren Fälle, in denen sich Kinderfrauen an den ihnen anvertrauten Minderjährigen vergreifen und in kürzester Zeit verurteilt werden.

Immerhin ist in der letzten Zeit offenbar das Verantwortungsbewusstsein bei den Erwachsenen gestiegen, die sich im Umfeld von missbrauchten oder misshandelten Kindern befinden, was sich im Anstieg der Klagen abzeichnet, die im letzten Jahr bei der zuständigen Abteilung des Menschenrechtsprokurats (PDH) eingereicht wurden. Dabei sind es meist NachbarInnen oder Grosseltern, jedoch in den seltensten Fällen die Eltern selbst, die Anzeige erstatten.

Die zuständige Abteilung der Staatsanwaltschaft erhalte monatlich 45 Anzeigen über sexuelle Missbräuche an Jugendlichen. Laut Angaben dieser Instanz hat es in den ersten drei Monaten dieses Jahres bereits 180 eingeleitete Verfahren wegen sexuellen

Missbrauchs gegen Minderjährige gegeben, von einer Verurteilung ist derweil nichts zu lesen. Ausserdem werden in den meisten Fällen die Anzeigen wieder zurückgezogen, da es neben dem Büro, das diese entgegennimmt, keine spezielle Ermittlungsabteilung für Verbrechen an Minderjährigen innerhalb der Staatsanwaltschaft gibt, so dass die Eltern die Klagen aus Schuld- oder/und Schamgefühlen wegen dem, was ihren Töchtern und Söhnen zugestossen ist, zurücknehmen.

Immer noch schwebt jener Gesetzesartikel in der Suspension, laut dem ein Vergewaltiger seiner Strafe entgehen kann, indem er das Opfer (über 14 Jahre) heiratet.

Mit der Eskalation der allgemeinen Gewalt und Kriminalität im Land hat auch die Gewalt gegen Mädchen und Jungen erschreckendes Ausmass angenommen. Gemäss Angaben der PDH werden derzeit im Schnitt 2 Kinder am Tag umgebracht, im vergangenen Jahr zählte *Casa Alianza* allein in der Hauptstadt 534 ermordete Minderjährige. Angesichts der allgemeinen Ermittlungspassivität von Seiten der Autoritäten verwundert es kaum, dass keiner dieser Fälle einer erfolgreichen Untersuchung unterliegt.

Ähnlich wie vor wenigen Jahren der Anstieg der Morde an Frauen dazu führte, dass aus der Beschäftigung mit dem Phänomen heraus Konzepte wie *Feminizid* und *Feminicidio* – der Mord an Frauen als spezifisches Pendant zum nichtgeschlechtlichen Mordbegriffs des *Homicidio* und die Indifferenz gegenüber diesen speziellen Verbrechen und somit Akzeptanz von Seiten der zuständigen Autoritäten, respektive – erarbeitet wurden, ist jetzt in Guatemala bereits vom *Infanticidio*, also dem etablierten, vorsätzlichen Mord an Mädchen und Jungen, die Rede.

Im letzten Jahr wurde der 13. März vom Kongress als *Tag gegen Gewalt gegen Minderjährige* deklariert im Gedenken an den Tod des auf der Strasse lebenden Nahamán Carmona (14), der 1990 von fünf Polizisten erschossen worden war. In diesem Jahr begingen Mädchen und Jungen das erste Mal diesen Tag mit einer Demonstration in der Hauptstadt und forderten von den Autoritäten die Beseitigung der häuslichen Gewalt, der Arbeits- und sexuellen Ausbeutung sowie die Förderung eines Gesetzes zum integralen Schutz dieser Gesellschaftsgruppe.

Tag des Wassers: Nicht allen zugänglicher Lebensspender

Guatemala 22. März. Just zum Internationalen Tag des Wassers verurteilt das *Lateinamerikanische Wassertribunal* (TLA) die Regierung Guatemalas wegen der Vergabe von Konzessionen an Konzerne für den Übertageabbau von Metallen, der zur Vergiftung und Verschwendung des Wassers beitrage. Dabei seien beispielsweise im Falle des kanadisch-US-amerikanischen Unternehmens *Glamis Gold* in San Marcos die Belange der BewohnerInnen nicht berücksichtigt worden, obwohl diese auf Eigeninitiative hin eine rechtlich abgesicherte Volksbefragung durchgeführt hatten, die eindeutig die Ablehnung des Minenbergbaus in der Region zeitigte. Der lokale Geschäftsführer der *Montana Exploradora* (das in San Marcos aktive Tochterunternehmen von *Glamis Gold*), Milton Saravia, wies die Anschuldigungen zurück und erklärte, dass die betroffenen BewohnerInnen ihre eigenen Trinkwasservorräte hätten, die von dem Abbau nicht berührt werden würden (¡Fijáte! 326, 347).

Das Urteil des TLA übte auf moralischer Ebene dreifache Zensur: Beschuldigt wird die Regierung Guatemalas und vor allem Präsident Berger, weil sie hochriskante Aktivitäten im Minenabbau erlaubten, wobei allein partikuläre Interessen und die der transnationalen Unternehmen berücksichtigt würden, und das Ganze auf Kosten der indigenen Völker. Die Regierung wird angeklagt, ihre Verpflichtungen nicht zu erfüllen, nämlich, mit ehrlichen Absichten im Vorfeld die lokalen indigenen Völker hinsichtlich der Vorhaben zu befragen und ferner, dass sie mit der Lizenzvergabe gegen den Willen der Gemeinden gehandelt habe. Dem Umweltministerium wird ebenfalls die Nichterfüllung ihrer Verantwortung vorgeworfen.

Das Urteil wurde sowohl der Regierung als auch dem Minenunternehmen mitgeteilt. Die Reaktion von *Montana* bestand in der Versendung eines Briefes mit den Ergebnissen einer vermeintlichen Bestandsuntersuchung, durchgeführt von einem Team der Weltbank, die vom Minenexperten Robert Morán bemängelt wurde: „die Schlussfolgerungen sind nicht richtig, da sie sich auf ungeeigneten Informationen und falsche Interpretationen stützten“.

Auch der Geschäftsführer von *Montana* meldete sich zu Wort und diskreditierte das Wassertribunal als „eine weitere Nichtregierungsorganisation, die versucht, die Umweltarbeit (sic!), die *Montana* leistet, in Verruf zu bringen.“ Magalí Rey Rosa von der Umweltorganisation *Madre Selva* fühlt sich indes

bestätigt: „Dass das Urteil keine sofortigen rechtlichen Folgen zeigen wird, tut der Tatsache keinen Abbruch, dass ein Tribunal von internationalen Fachleuten die Involvierten für schuldig befunden hat. Dieses Verdikt summiert sich zu einer Reihe von Ablehnungsbekundungen gegen den Metallbergbau, die auf seriösen Grundlagen beruhen und reichlich Rückendeckung von der guatemaltekischen Bevölkerung und der internationalen Gemeinschaft geniessen.“

Auch in Guatemala selbst, beispielsweise in Zacapa, wurde der Tag des Wassers (22. März) durch Protestkundgebungen begangen. Verschiedene örtliche Sektoren der Zivilgesellschaft forderten von den lokalen wie nationalen Regierungen Taten, die die Leiden der Bevölkerung, die durch Umweltzerstörung verursacht würden, zu beenden. Der Sprecher einer lokalen Umweltschutzorganisation stellte fest, dass die zunehmende Hitze der globalen Klimaveränderung im Land bereits viele Flüsse und Bäche ausgetrocknet habe, z.B. auch den Montagua, einen der grössten Flüsse im Land. Auch in Zacapa gefährdete der Übertageabbau von Gold, Silber, Kupfer, Eisen und anderen Mineralien die Umwelt und damit den Zugang zu sauberem Wasser. Gleichzeitig schreitet die Entwaldung in Riesenschritten voran, täglich gehen 280 Fussballfeldgrosse Waldgebiete verloren. Hauptursache ist neben dem illegalen Holzschlag für Direktnutzung und Schmuggel – ironischer Weise vor allem in „Schutzgebieten“ – der Teufelskreis der sich verschiebenden Landwirtschaftsgrenze aufgrund von ausgelaugtem Boden und Wasserverschmutzung bzw. –mangel.

Der guatemaltekischen Regierung blieb nichts anderes übrig, als sich angesichts der internationalen Aufmerksamkeit auch zum Thema Wasser zu äussern: das Umwelt- und das Landwirtschaftsministerium, der *Präsidentiale Beauftragte für die Nutzung und Bewahrung des Wassers* sowie das *Hilfsprogramm zur Produktiven Wiederverwertung* (PARPA) starteten Mitte März die Kampagne „Aguas con el Agua“, in der für den achtsamen Umgang mit der lebensspendenden Flüssigkeit geworben wird. Zeitgleich trat eine neue Abwasserverordnung in Kraft, die hehre Ziele verfolgt. Nach Angaben des Vize-ministers für Umwelt und Naturreourcen, Sergio Velázquez, werde die Verordnung schrittweise Anwendung finden: in den ersten fünf Jahren solle die Wasserverschmutzung von derzeit rund 80% um 30% reduziert werden, im folgenden Jahr fünft weitere 20 % und schliesslich solle

es gar keine Verschmutzung mehr geben. Sich neu ansiedelnde Industrien sollen nur genehmigt werden, wenn sie Umweltverträglichkeitsstudien vorlegen, welche aufzeigen, wie sie mit dem Wasser umgingen.

Die Inkraftsetzung der Verordnung war zuvor dreimal verschoben worden, weil das Ministerium sich nicht mit der Industriekammer einigen konnte, die die Regulierung vornehmlich im Rahmen des derweil vom 1. April auf unbestimmt verschobenen Eintritt des *Freihandelsabkommens zwischen Zentralamerika, der Dominikanischen Republik und den USA* (TLC) betrachtet.

Die Vorgänge beim Metallabbau in Chisec, Departement Alta Verapaz, oder in El Estor, Izabál, zeigen jedoch, dass auch vorhandene Umweltverträglichkeitsstudien Wasserverschmutzungen nicht verhindern konnten (vgl. Fijáte 354), bzw. von vornherein auch gar nicht darauf ausgerichtet waren. Viele dieser Studien werden wie oben erwähnt, von den Unternehmen selbst erhoben und interpretieren die Tatsachen für gewöhnlich zu Gunsten des Unternehmen. Die Regierung, die ihrerseits entsprechende Studien in Auftrag geben könnte, entbehrt zum einen an internen Regulierungen, an Fachpersonal und letztendlich am nötigen Kleingeld.

In Mexiko-Stadt fand vom 15.-22. März das IV. Weltwasserforum der Vereinten Nationen statt. Mehr als 13.000 TeilnehmerInnen diskutierten über Wasserknappheit und das Menschenrecht auf Wasser. Der Präsident des UN-Weltwasserrates, Loic Fauchon, erklärte bei der Eröffnung der Konferenz, dass durch fehlenden Zugang zu Wasser mehr Menschen stürben als durch Kriege. 1.1 Mrd. Menschen hätten keinen Zugang zu Trinkwasser, 2.6 Mrd. keinen zu sauberem Wasser. 4'000 Kinder stürben täglich an Folgeerkrankungen des Wassermangels.

Für einen bedingungslosen Zugang zu sauberem Wasser und gegen die Privatisierung des Wassers demonstrierten Zehntausende auf den Strassen der mexikanischen Hauptstadt.

Auf der Gegenveranstaltung zur UN-Konferenz, dem Internationalen Forum für die Verteidigung des Wassers, das soziale Bewegungen und Nicht-Regierungsorganisationen organisierten, kam schliesslich auch die prekäre Situation in Guatemala zur Sprache, wo derweil nicht nur in den trockenen Sommermonaten in vielen Hochlandregionen wie San Marcos sowie im Departement Alta Verapaz der generelle Wassermangel beklagt wird, unter dem die lokale Bevölkerung tagtäglich leidet.